

Herrn Bundesminister
Dipl.-Kfm. Eduard MÜLLER, MBA
Bundesministerium für Finanzen und
Bundesministerium für öffentlichen Dienst und Sport
Johannesgasse 5
1010 Wien

Unser Zeichen:
Zl. 23.591/2019-VA/Dr. Schn

Datum:
Wien, 29. August 2019

Betreff: Gehaltsabkommen für 2020

Sehr geehrter Herr Bundesminister!

Das aktuelle Gehaltsabkommen für alle öffentlich Bedienstete läuft mit 31. Dezember 2019 aus.

Die Gewerkschaft Öffentlicher Dienst fordert eine nachhaltige Erhöhung der Gehälter, Monatsentgelte, Zulagen und Vergütungen, um eine dauerhafte Kaufkraftsteigerung für alle öffentlich Bediensteten sicherzustellen.

Die Anforderungen an den Öffentlichen Dienst steigen kontinuierlich. Ständig neue Aufgaben bei einer mittlerweile in nahezu allen Bereichen prekären Personalsituation bringen für die Kolleginnen und Kollegen im Öffentlichen Dienst immer schwierigere Arbeitsbedingungen. Nur durch große Motivation und großen persönlichen Einsatz können die Leistungen noch in gewohnt hoher Qualität erbracht werden.

Der in allen Bereichen bestens funktionierende Öffentliche Dienst (wie insbesondere Justiz, öffentliche Verwaltung, innere und äußere Sicherheit, Bildung und Gesundheit sowie alle Bereiche der Daseinsvorsorge) ist ein wichtiger Standortfaktor für Österreich im internationalen Wettbewerb.

Alle politischen Parteien haben sich darauf verständigt, aktive Klimapolitik zu betreiben. Auch das wird wieder eine zusätzliche Aufgabe für den öffentlichen Dienst in allen Gebietskörperschaften. **Es sind die Kolleginnen und Kollegen auf Bundesebene, in den Ländern und in den Gemeinden, die Gesetze, Verordnungen oder Anordnungen vollziehen. Der Öffentliche Dienst sorgt für den professionellen, den Gesetzen verpflichteten Normenvollzug im Sinne und zum Wohle der Gesamtgesellschaft.**

Neben den außer Streit zu stellenden Erkenntnissen der Wirtschaftsforschungsinstitute bezüglich Inflationsrate und Wirtschaftswachstum soll auch die durch die prekäre Personalsituation besonders hohe Belastung Grundlage für die Verhandlungen sein.

Es wird ersucht, zu den Verhandlungen die Vertreter/-innen der Länder, des Städte- und Gemeindebundes sowie seitens der Arbeitnehmer/-innen auch die Gewerkschaft Younion einzuladen.

Die Gewerkschaft Öffentlicher Dienst ersucht um Aufnahme von Gehaltsverhandlungen, damit das Abkommen mit 1. Jänner 2020 in Kraft treten kann.

Mit dem Ausdruck vorzüglicher Hochachtung



Dr. Norbert Schnedl
Vorsitzender

Ergeht in Kopie an:

Frau Bundeskanzlerin Dr. Brigitte BIERLEIN